

N I E D E R S C H R I F T

Körperschaft:	Kreisstadt Groß-Gerau	
Gremium:	Stadtverordnetenversammlung Nummer 2/2011-2016	
Sitzung am:	24. Mai 2011	
Sitzungsort:	Stadthalle Groß-Gerau, Jahnstr. 14, Groß-Gerau	
Sitzungsbeginn:	19.00 Uhr	Sitzungsende: 22:20 Uhr

Die Sitzung setzt sich aus öffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.
 Die Anwesenheitsliste ist als Anlage zum Protokoll genommen.
 Entschuldigungen sind darin vermerkt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Bericht des Bürgermeisters
5. Beschlussfassung über Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl der Stadtverordnetenversammlung (Gemeindewahl) vom 27. März 2011 gemäß § 26 Hessisches Kommunalwahlgesetz (KWG)
6. Wahl, Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung des ehrenamtlichen Magistratsmitglieds
7. Ehrung von langjährig ehrenamtlich Tätigen
8. Anträge
 - Antrag Nr. 1/2011, SPD-Fraktion, Nachtragshaushaltsentwurf
 - Antrag Nr. 2/2011, SPD-Fraktion, Öffnungszeiten Außenstellen
 - Antrag Nr. 3/2011, SPD-Fraktion, Sozialer Wohnungsbau
 - Antrag Nr. 4/2011, SPD-Fraktion, Betreuungsplätze / Schulkindbetreuung
 - Antrag Nr. 5/2011, SPD-Fraktion, Energiewende
 - Antrag Nr. 6/2011, SPD-Fraktion, Finanzplanungsgrundlage für Haushalt und HH-Konsolidierung
 - Antrag Nr. 7/2011, SPD-Fraktion, Abriss Wasserwegbaracke
 - Antrag Nr. 8/2011, SPD-Fraktion, Ortsdurchfahrt Wallerstädtien, LKW Durchfahrtsverbot
 - Antrag Nr. 9/2011, SPD-Fraktion, Ortsdurchfahrt Wallerstädtien, verkehrsberuhigte Umbau
 - Antrag Nr. 10/2011, SPD-Fraktion, HH-Konsolidierung, Haushaltssicherungskonzept
 - Antrag Nr. 11/2011, GRÜNE-Fraktion, Änderung der Hauptsatzung
 - Antrag Nr. 12/2011, GRÜNE-Fraktion, Änderung der Hauptsatzung
9. Anfragen
 - Anfrage Nr. 6/2011, KOMBI-Fraktion, Schäden durch seismische Messungen in der Gemarkung Groß-Gerau
10. Mitteilungen

Tagesordnungspunkt 1. **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Stadtverordnetenvorsteher Christian Wieser eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang der Ladung fest.

Tagesordnungspunkt 2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Stadtverordnetenvorsteher Christian Wieser stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Tagesordnungspunkt 3.
Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Das Protokoll der Sitzung vom 13. April 2011 wird ohne Änderungen genehmigt.

Die Anträge 3, 4, 8 und 9 werden zur Beratung und Beschlussfassung in die entsprechenden Fachausschüsse verwiesen und somit heute nicht behandelt. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Antrag Nr. 11 wird zurückgezogen.

**Tagesordnungspunkt 4.
Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Stefan Sauer berichtet zu folgenden Themen:

- Haushalt und Nachtrag
Der 1. Nachtragshaushalt wird bereits im August eingebracht und soll am 4. Oktober in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Somit wird auch frühzeitig die finanzielle Situation der Stadt dargestellt.
Zur Spielapparatesteuer gibt Bürgermeister Stefan Sauer einen Vergleich zwischen 1. Quartal 2010 und 1. Quartal 2011 und zeigt die Veränderung auf.
- Fluglärm
Die Äußerung der Fluglärmkommission ist nicht zugunsten der Stadt Groß-Gerau ausgefallen. Die Deutsche Flugsicherung hat drei Flugrouten ins Spiel gebracht (5, 7 und 13). Er zeigt auf, wie sich der weitere Weg der Klage darstellt. Rechtsanwalt Schmitz wird im Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss am 15. Juni hierzu detailliert berichten.
- FAGRO/PDS
Das Treppenhaus kommt in naher Zukunft zum Abriss. Außerdem wird eine Anliegerversammlung zur Übergabe an den Kreis und der Schilderung des weiteren Verfahrens stattfinden.
- Unterführung Frankfurter Straße/Verschränkungen
Das Handeln war gefordert, da die erforderliche Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte.
- Römerkreisel
Der Kreisel birgt insbesondere für Krafträder eine Gefahrenquelle. Es ist notwendig, in zwei Bauabschnitten, mit deutlichen Beeinträchtigungen des Verkehrs, entsprechende Reparaturen vorzunehmen. Dieses Thema soll ebenfalls im Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss am 15. Juni behandelt werden.
- Südzuckergelände
Auf dem Gelände ist Wohnbebauung möglich. Die Verkehrsentwicklung ist somit erneut detailliert zu betrachten.
- Schallschutz Südring
Hierzu soll eine Anliegerversammlung stattfinden.
- Neubau Feuerwehr
Der 1. Spatenstich Feuerwehr wird voraussichtlich in der ersten Juli-Woche erfolgen.
- Odenwaldstraße/ Bahnhof Dornberg/P&R Fläche
Bürgermeister Stefan Sauer berichtet über den Baufortschritt.
- Überörtliche Beschilderung
Die Beschilderung soll Ende Juni fertig gestellt werden.
- Stadtentwicklung
Am 1. Juni 2011 tritt der neue Stadtplaner seine Stelle in der Verwaltung an. Am 9. Juni wird eine öffentliche Veranstaltung zum Thema Stadtentwicklung stattfinden.
- LKW Verkehr Ortsdurchfahrt Wallerstädt
Nach einem Gutachten das von der Gemeinde Trebur beauftragt wurde, soll die LKW-Sperrung keine Auswirkungen auf den Verkehr in Wallerstädt haben. Dies wird jedoch bezweifelt.

- Gemeinsamer Ordnungsbehördenbezirk
Bürgermeister Stefan Sauer stellt die Aussagen aus der gekürzten Presseveröffentlichung richtig.

Stadtv. Jürgen Martin regt zum Thema Südring an, ein Votum der Betroffenen zu berücksichtigen. Bürgermeister Stefan Sauer beabsichtigt, in der anstehenden Anliegerversammlung auf den Konflikt hinzuweisen

**Tagesordnungspunkt 5.
Beschlussfassung über Einsprüche und die Gültigkeit der Wahl der
Stadtverordnetenversammlung (Gemeindewahl) vom 27. März 2011 gemäß
§ 26 Hessisches Kommunalwahlgesetz (KWG)**

Sach- und Rechtslage:

Der Wahlausschuss hat in seiner öffentlichen Sitzung am 31. März 2011 die Wahlunterlagen geprüft und das endgültige Wahlergebnis festgestellt. In der beigefügten Niederschrift mit ihren Anlagen hat der Wahlausschuss die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl, die Berechnung der abgegebenen Stimmen und die Sitzverteilung geprüft.

Das endgültige Wahlergebnis und die gewählten Bewerber wurden im „Groß-Gerauer Echo“ am 7. April 2011 veröffentlicht.

Unregelmäßigkeiten oder strafbare Handlungen oder gegen die guten Sitten verstößende Handlungen, die das Wahlergebnis beeinflussten, bei denen nach den Umständen des Einzelfalls eine nach der Lebenserfahrung konkrete Möglichkeit bestand, dass sie auf die Verteilung der Sitze von entscheidendem Einfluss gewesen wären, sind nicht vorgekommen.

Einsprüche wurden innerhalb der Ausschlußfrist nicht erhoben.

Die Wahl ist deshalb für gültig zu erklären.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 27. März 2011 gemäß § 26 KWG fest.

Gesamtabstimmungsergebnis:	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	31

**Tagesordnungspunkt 6.
Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung des ehrenamtlichen
Magistratsmitglieds**

Stadtverordnetenvorsteher Christian Wieser verpflichtet die ehrenamtliche Stadträtin Elke Engemann durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben.

Bürgermeister Stefan Sauer vollzieht die Ernennung der Stadträtin Elke Engemann, verliest die Urkunde über die Ernennung zur Ehrenbeamten auf Zeit und überreicht diese.

Stadträtin Elke Engemann leistet vor Stadtverordnetenvorsteher Christian Wieser den Diensteid.

**Tagesordnungspunkt 7.
Ehrung von langjährig ehrenamtlich Tägigen**

Für mehr als 12 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit wird Elke Engemann geehrt.

Für mehr als 20 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit wird Klaus Meinke geehrt.

Für mehr als 25 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit wird Jürgen Martin geehrt.

**Tagesordnungspunkt 8.
Anträge**

Antrag Nr. 1/2011, SPD-Fraktion, Nachtragshaushaltsentwurf - zurückgezogen

Antrag Nr. 2/2011, SPD-Fraktion, Öffnungszeiten Außenstellen

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, die Öffnungszeiten der Außenstellen in den Stadtteilen Dornheim und Wallerstädten mit einem derzeitigen Umfang von je einem Öffnungstag pro Woche auf den alten Stand mit mindestens 3 Öffnungstagen pro Woche zurückzuführen.

Die personellen Ressourcen sind durch vorhandenes Personal sicher zu stellen.

Begründung:

Die Öffnungszeiten der beiden oben angeführten Außenstellen wurden in 2009 sukzessive zurückgefahren und betragen gemäß der offiziellen Mitteilung auf der städtischen homepage (Stand 17.01.2001) je einen Öffnungstag pro Woche. Dieses eingeschränkte Angebot steht konträr zu der Notwendigkeit, gerade für nicht mobile Menschen in den Stadtteilen ein umfassendes „Stadtteilbüroangebot“ vorzuhalten. Die Aussage der Verwaltungsspitze, dass es sich bei der Reduzierung um eine vorübergehende Einschränkung durch die notwendige Vertretung von Langzeiterkrankten handelt, kann so nicht mehr zutreffen, da dieser Zustand nun schon mehr als ein Jahr andauert.

Von daher wird der Magistrat aufgefordert, die ursprünglichen Öffnungszeiten wieder einzuführen und das Serviceangebot uneingeschränkt vorzuhalten

Entwicklung der Einnahmesituation (Steuereinnahme) der Kommunen in Hessen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	18

Antrag Nr. 3/2011, SPD-Fraktion, Sozialer Wohnungsbau

Zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen in den Familien- und Sozialausschuss.

Antrag Nr. 4/2011, SPD-Fraktion, Betreuungsplätze / Schulkindbetreuung

Zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen in den Familien- und Sozialausschuss.

Antrag Nr. 5/2011, SPD-Fraktion, Energiewende

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau erachtet die sogenannte Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der die Kommunen insbesondere mit ihren Stadtwerken und in ihren energiewirtschaftlichen Beteiligungsunternehmen einen originären Beitrag zur Modernität, Wirtschaftlichkeit und ökologischer Nachhaltigkeit der Energieversorgung leisten können. Der Umstieg von fossilen/nuklearen Energieträgern zu erneuerbaren Energieträgern ist alternativlos und zugleich volkswirtschaftlich sinnvoll.

Die Frage der Sicherheit bzw. des sogenannten Restrisikos nuklear betriebener Kraftwerke ist durch die ungeheure Katastrophe in Japan erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Bei vorherrschenden Südwestwetterlagen liegt Groß-Gerau im Korridor unmittelbarer Gefährdung durch die AKW-Blöcke A und B in Biblis, die als veraltet und daher besonders stör- und sicherheitsanfällig gelten.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, schnellstmöglich aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen zu wollen und das Gesetz zur Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke auszusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau fordert die Hessische Landesregierung auf, die Genehmigung zum Wiederanfahren der beiden zwischenzeitlich vom Netz genommenen Atomkraftwerk-Blöcke von einer umfassenden Nachrüstung der Anlagen – gegen Anschläge, Flugzeugabstürze usw. – abhängig zu machen.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau kündigt ihre Bereitschaft an, zur Umsetzung der Energiewende unmittelbar beitragen zu wollen, in dem sie beispielsweise die systematische energetische Sanierung kommunaler Gebäude in Angriff nimmt, um langfristig einen Niedrigenergiestandard sicher zu stellen. Dazu wird sie eine umfassende Portfolioanalyse nebst Investitionsplanung auf den Weg bringen und durch Strom- und Energiesparmaßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Treibhausgase beitragen. Die Willensbekundung zur vorrangigen Umsetzung der vorgenannten Energiewende wird nur als kommunale Praxis glaubwürdig und unmittelbar relevant.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau fordert darüber hinaus die kommunalen Verantwortlichen in den Gremien des Beteiligungsunternehmens GGV auf, darauf hinzuwirken, dass im künftigen Strommix elektrische Energie aus nuklear betriebenen Kraftwerken – nach eigenen Angaben aktuell rund 14% - keine Berücksichtigung mehr findet.

Hierzu liegt folgender Antrag der GRÜNE-Fraktion vor:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau stellt fest, dass der Erhalt des Kernkraftwerks Biblis keine gesellschaftliche Akzeptanz hat. Vor dem Hintergrund einer breiten Debatte – Ausstieg aus der Kernkraft bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien – kann ein Erhalt nicht eingefordert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass der Ausstieg aus der Kernkraft mit einem verbindlichen Szenario verbunden wird, welches die Endlagerung der Brennstäbe und sonstigen radioaktiven Materials aus Biblis A und B betrifft.

Im Sinne einer von der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau angestrebten Energiewende auf kommunaler Ebene sollen die regenerativen Energiemöglichkeiten auf der Gemarkung Groß-Gerau geprüft und zügig weiterentwickelt

werden. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Windkraft, Solarenergie, Biogas und Geothermie geprüft und ausgebaut werden (Hierzu ist die bereits im Kreisparlament erarbeitete Vorlage zur Erzeugung regenerativer Energien zu berücksichtigen.).

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau fordert die kommunalen Verantwortlichen in den Gremien des Beteiligungsunternehmens GGV auf, sich dafür einzusetzen, dass der Bezug und Verkauf von elektrischer Energie, die aus Atomkraftwerken stammt, von derzeit 14. % in 2011 auf 10 % in 2012 auf 5 % in 2013 und auf 0% in 2014 reduziert wird, sowie in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der EEG-Novellierung 2012 zu nutzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird eine kommunale Energiewende durch die in dem Stadtentwicklungskonzept „Groß-Gerau 2020“ definierten Handlungsfelder im Bereich „ökologische Nachhaltigkeit“ gemeinsam mit den Menschen in Groß-Gerau erarbeiten und umsetzen.

Beratung:

Bürgermeister Stefan Sauer geht als Aufsichtsratsvorsitzender der GGV auf die Anträge ein und teilt mit, dass sich der Aufsichtsrat bereits mit dem Thema befasst hat.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	18
Enthaltungen	2

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau stellt fest, dass der Erhalt des Kernkraftwerks Biblis keine gesellschaftliche Akzeptanz hat.

Vor dem Hintergrund einer breiten Debatte – Ausstieg aus der Kernkraft bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien – kann ein Erhalt nicht eingefordert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass der Ausstieg aus der Kernkraft mit einem verbindlichen Szenario verbunden wird, welches dieendlagerung der Brennstäbe und sonstigen radioaktiven Materials aus Biblis A und B betrifft.

Im Sinne einer von der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau angestrebten Energiewende auf kommunaler Ebene sollen die regenerativen Energiemöglichkeiten auf der Gemarkung Groß-Gerau geprüft und zügig weiterentwickelt werden. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten der Energieerzeugung aus Windkraft, Solarenergie, Biogas und Geothermie geprüft und ausgebaut werden (Hierzu ist die bereits im Kreisparlament erarbeitete Vorlage zur Erzeugung regenerativer Energien zu berücksichtigen.).

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau fordert die kommunalen Verantwortlichen in den Gremien des Beteiligungsunternehmens GGV auf, sich dafür

einsetzen, dass der Bezug und Verkauf von elektrischer Energie, die aus Atomkraftwerken stammt, von derzeit 14. % in 2011 auf 10 % in 2012 auf 5 % in 2013 und auf 0% in 2014 reduziert wird, sowie in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der EEG-Novellierung 2012 zu nutzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird eine kommunale Energiewende durch die in dem Stadtentwicklungskonzept „Groß-Gerau 2020“ definierten Handlungsfelder im Bereich „ökologische Nachhaltigkeit“ gemeinsam mit den Menschen in Groß-Gerau erarbeiten und umsetzen.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	22
Enthaltungen	9

Antrag Nr. 6/2011, SPD-Fraktion, Finanzplanungsgrundlage für Haushalt und Haushaltskonsolidierung

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die bestehende Fortschreibung der Ergebnisplanung des Haushaltes durch die Fachverwaltung (Kämmerei) neu aufgesetzt und ein mit Erläuterungen zu den eingetretenen und den aktuell zu erwartenden Abweichungen versehenes Update dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und als wesentliche Finanzplanungsgrundlage vorgelegt wird, damit dieses Update in die Haushaltsberatung für das Haushaltsjahr 2012 und die HH-Konsolidierung einfließen kann.

Begründung

Das letztmals „kamerale“ Gesamtvolumen des städtischen Haushalts konnte 2008 gegenüber dem Planansatz um mehr als fünf Millionen Euro gesteigert und dennoch ausgeglichen gestaltet werden. Für das erstmals „doppische“ Haushaltsjahr 2009 erwartete die Stadt Groß-Gerau infolge der Finanzkrise per Saldo ein „Defizit“ (Jahresfehlbetrag) von „knapp vier Millionen Euro“, das glücklicherweise nicht eintrat. Für das Haushaltsjahr 2010 erwartete die Stadt Groß-Gerau ein Defizit (Jahresfehlbetrag) von insgesamt rund 6,2 Millionen Euro, das glücklicherweise nicht eintrat. Für das Haushaltsjahr 2011 erwartet die Stadt Groß-Gerau ein Defizit (Jahresfehlbetrag) von insgesamt rund 5,4 Millionen Euro, dass auf der Basis des veröffentlichten Frühjahrgutachtens zur Wirtschaftsentwicklung und den Vorveröffentlichungen zur Steuerschätzung in 5/2011 nicht eintreten wird, folgt man der Fachpresse und Fachwissenschaft, die von einem unerwartet frühen und nachhaltigen Turnaround der deutschen Wirtschaft ausgehen.

Angesichts dieser Entwicklung wird auch das in der Ergebnisplanung ausgewiesene Defizit (Jahresfehlbetrag) von rund 5 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2012 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht eintreten, es sei denn, das Teilergebnisvolumen würde sprunghaft/mutwillig vergrößert (s. Vorabveröffentlichungen des IfW zur Steuerschätzung vom 10./12.5.2011). Desgleichen gilt für die Jahre 2013 und 2014 (angenommene 4,8 bzw. 4,6 Millionen „Defizit“).

Die vorliegende Ergebnisplanung der Kämmerei ging für das Jahr 2012 von einem kumulierten Defizit von definitiv mehr als zwanzig Millionen Euro aus. Dieser worst case städtischer Finanzerwartung kann bereits heute definitiv ausgeschlossen werden, da in den Haushaltjahren 2009 und 2010 die erwarteten Defizite (kumuliert rund 10,2 Millionen Euro) ausblieben.

Aus Sicht des Antragsstellers ist es an der Zeit, die Ergebnisplanung anzupassen, um auf der Basis realistischerer Ansätze in die – im Übrigen grundsätzlich notwendige – Haushaltskonsolidierungsdebatte einzusteigen. Dabei muss sich zeigen, ob das für das Zeitfenster 2009-12 aufgelegte Programm noch den tatsächlichen Anforderungen und den

gegebenen gesetzlichen Pflichten genügt. Eine Finanzplanung, die auf Zahlenwerken aus 2009 beruht, genügt den aktuellen Anforderungen jedenfalls nicht mehr.
Wie der aktualisierte Zahlspiegel zu interpretieren sein werden, steht dabei auf einem anderen (das heißt nächsten) Blatt.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	9
Nein-Stimmen	20
Enthaltungen	2

Antrag Nr. 7/2011, SPD-Fraktion, Abriss Wasserwegbaracke

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die seit Jahren ungenutzte Baracke am Wasserweg vis-a-vis des Best-Western-Hotels abgerissen, ersatzlos entfernt und das Grundstück in einen akzeptablen Zustand rückversetzt wird.

Begründung

Der Abriss der städtebaulichen Fehlentwicklung („Schandfleck“) ist überfällig. Der Grundstückseigentümer, dem die Stadt in der Vergangenheit mehrfach unter anderem bezüglich der Optimierung der Grundstücksverwertung und der Verkehrsführung Wasserweg entgegenkam, hat in der Vergangenheit wiederholt zugesagt, den Abriss betreiben zu wollen. Diese Aussage gilt es einzufordern.

Beratung:

Nach Beratung im Haupt- und Finanzausschuss kommt es zu folgendem Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau wird gebeten, mit dem Insolvenzverwalter, den Gläubigern und weiteren Beteiligten die Gespräche fort zu führen und zu intensivieren und sich dafür stark zu machen, dass die beschlossene Beseitigung der ungenutzten Baracke erfolgt.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau wird gebeten, mit dem Insolvenzverwalter, den Gläubigern und weiteren Beteiligten die Gespräche fort zu führen und zu intensivieren und sich dafür stark zu machen, dass die beschlossene Beseitigung der ungenutzten Baracke erfolgt.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	31

Antrag Nr. 8/2011, SPD-Fraktion, Ortsdurchfahrt Wallerstädt, LKW Durchfahrtsverbot

Zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen in den Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss.

Antrag Nr. 9/2011, SPD-Fraktion, Ortsdurchfahrt Wallerstädten, verkehrsberuhigte Umbau

Zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen in den Planungs-, Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss.

Antrag Nr. 10/2011, SPD-Fraktion, HH-Konsolidierung, Haushaltssicherungskonzept

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Groß-Gerau wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die fortlaufende Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO und § 24 Abs. 4 GemHVO einer grundsätzlichen inhaltlichen und rechtlichen Bewertung unterzogen wird, da deren Grundlage – Nichtsausgleich des Ergebnishaushaltes – weder in den HH-Jahres 2009 und 2010 (wie in den Planansätzen ausgewiesen) eingetreten ist noch der für 2011 ausgewiesene Fehlbetrag von rund fünf Millionen Euro unter den gegebenen veränderten Rahmenbedingungen eintreten kann und wird. Mithin scheint die kommunalrechtliche Grundlage zur Pflichtkonsolidierung entfallen.

Begründung:

Veränderte Finanzlage. So rechnet beispielsweise der Kieler Steuerschätzer Alfred Boss (IfW) für 2011 mit Steuermehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden von insgesamt fünf Milliarden Euro im Vergleich zur Schätzung vom November 2010. Für 2012 seien noch einmal zusätzliche Einnahmen von vier Milliarden Euro zu erwarten. Im Krisenjahr 2009 sei man frühestens 2013 vom Wiedererreichen der Einnahmespitze aus dem Jahre 2008 ausgegangen. Dieser Status werde nunmehr voraussichtlich bereits 2011 übertroffen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	11
Nein-Stimmen	20

Antrag Nr. 11/2011, GRÜNE-Fraktion, Änderung der Hauptsatzung

Antragstext:

Die Hauptsatzung der Kreisstadt Groß-Gerau wird in § 1 Abs. 3 wie folgt geändert:

„Die Vertretung bei Verhinderung des vorsitzenden Mitglieds wechselt zwischen den Stellvertretern gleichberechtigt mit jedem Kalendermonat.“

Begründung:

Die bisherige Regelung in der Hauptsatzung bezog sich auf eine Vertretungsreihenfolge nach der Anzahl der Fraktionsmitglieder und lies unberücksichtigt, dass bei gleicher Fraktionsstärke eine unklare und auslegungsbedürftige Situation eintritt.

Die jetzt vorgeschlagene Regelung wird dem Anspruch gerecht, dass jede Fraktion sich in der Stellvertretung des vorsitzenden Mitglieds gleichberechtigt wiederfindet und damit auch in diesem Bereich die Vielfalt der Stadtverordnetenversammlung dokumentiert wird.

Beratung:

Der von der CDU-Fraktion vorgelegte Änderungsantrag wird zurückgezogen.

Beschluss:

Die Hauptsatzung der Kreisstadt Groß-Gerau wird in § 1 Abs. 3 wie folgt geändert:

Die Vertretung bei Verhinderung des vorsitzenden Mitglieds wechselt zwischen den Stellvertretern gleichberechtigt mit jedem Kalendermonat.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	19
Nein-Stimmen	10
Enthaltungen	2

Antrag Nr. 12/2011, GRÜNE-Fraktion, Übertragung an einen Ausschuss**Antragstext:**

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss wird ausdrücklich damit beauftragt, die endgültigen Entscheidungen über die Erteilung des Einvernehmens (§ 36 Baugesetzbuch) nach § 34 Baugesetzbuch (Vorhaben innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile) in den Fällen welche:

- von allgemeiner städtebaulicher Wichtigkeit sind
- Fragen der Bauleitplanung berühren
- Verkehrsprobleme berühren

nach § 35 Baugesetzbuch (Bauanträge im Außenbereich)

§ 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes)

Anträge auf Naturschutzrechtliche Genehmigungen

zu treffen.

Begründung:

Das oben genannte Verfahren entspricht der bisherigen Praxis und solle nach dem einvernehmlichen Willen des Ältestenrats auch in der Wahlperiode 2011 – 2016 praktiziert werden.

Beschluss:

Der Planungs-, Umwelt und Stadtentwicklungsausschuss wird ausdrücklich damit beauftragt, die endgültigen Entscheidungen über die Erteilung des Einvernehmens (§ 36 Baugesetzbuch) nach § 34 Baugesetzbuch (Vorhaben innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile) in den Fällen welche:

- von allgemeiner städtebaulicher Wichtigkeit sind
- Fragen der Bauleitplanung berühren
- Verkehrsprobleme berühren

nach § 35 Baugesetzbuch (Bauanträge im Außenbereich)

§ 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes) Anträge auf Naturschutzrechtliche Genehmigungen

zu treffen.

Gesamtabstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	33
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	31

Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen	31

**Tagesordnungspunkt 9.
Anfragen**

Anfrage Nr. 6/2011, KOMBI-Fraktion, Schäden durch seismische Messungen in der Gemarkung Groß-Gerau

Text:

Wir möchten eine Aufstellung über die von der Bevölkerung gemeldeten Schäden an Privateigentum und eine weitere Aufstellung über Schäden die an Straßen und Feldwegen in der Gemarkung Groß-Gerau durch die Messung entstanden sind.

Begründung:

Der in der Presse genannte Betrag von EURO 4.000,-- erscheint uns als zu gering zumal man von den Bauämtern in der Mehrzahl schreibt.

Bürgermeister Stefan Sauer beantwortet die Anfrage.

Stadtv. Karlheinz Wamser bitte um eine schriftliche Dokumentation.

**Tagesordnungspunkt 10.
Mitteilungen**

Keine

Christian Wieser
Stadtverordnetenvorsteher

Karin Wolfram Heinz Krumb
Schriftführung